

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.  
Verlagsnummer 28 241  
Für den Nachdruck: 20017.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich M. 50.—, oder durch die Post bei täglich zweimaliger Befund monatlich M. 55.—.  
Die Spalte 32 mm breite Zeile M. 12.—, außerhalb S. 15.—, Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 1 spaltige An- und Berichte M. 25.—, Nachsch. Bezugsgebühren laut Tarif. Ausdrückliche Beiträge gegen Verlagsabgabe. Einzelnummer M. 2.—, Sonntagsausgabe M. 3.—.

Schriftleitung und Hauptredaktionsstelle:  
Marianstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.  
Poltsch-Konto 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Café Hülfert**  
Konditorei  
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

14 Ring-  
Königsdiele Ring-  
straße 14  
Vornehmer Restaurant

Schokolade  
**Deutschmeister**  
wirklich  
hervorragende Qualität  
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

## Ende des Streits zwischen München und Berlin.

### Einverständnis der Regierungsparteien mit den Berliner Abmachungen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
München, 22. Aug. Der Kampf Bayerns um die letzten Reste der Hoheitsrechte hat heute seinen Abschluß gefunden. Nachdem bereits gestern der Ministerrat den letzten Berliner Abmachungen zugestimmt hatte, waren heute die Vertrauensmänner der Koalitionsparteien mit der Regierung im Ministerium des Inneren versammelt. Es wurde den Vertrauensmännern das Ergebnis der Berliner Verhandlungen und die Zustimmung des Ministerrats mitgeteilt.

Das Resultat der etwa dreistündigen gemeinsamen Beratung war, daß auch die Vertreter der Koalitionsparteien ihr Einverständnis mit dem Beschlusse des Ministerrats erklärten.  
In unmittelbarem Anschluß an diese gemeinsame Sitzung tagte der Arbeitsschön der Bayerischen Volkspartei im Landtage, der die Stellungnahme der Vertreter der Fraktion der Bayerischen Volkspartei billigte. Damit ist parlamentarisch der Kampf zwischen Berlin und München um die Verbesserung der Sonderausgleichsbedingungen abgeschlossen.

Verfassungsmäßig hat nunmehr die bayerische Regierung gegenüber Berlin das letzte Wort. Es wird selbstverständlich nunmehr dahin lauten, daß auch die bayerische Gesamtstaatsregierung den letzten Abmachungen, wie sie am Sonnabend und Sonntag in Berlin getroffen worden sind, die Zustimmung erteilt. Es ist damit zu rechnen, daß vielleicht im Laufe des morgigen Tages von der bayerischen Regierung eine offizielle Verlautbarung über das Gesamtergebnis der Verhandlungen ausgestellt werden wird.

Noch in später Abendstunden gibt die Bayerische Volkspartei Korrespondenzparteioffiziell unter der Ueberschrift „Finale“ ein Gesamtbild, und sagt, daß Bayern allein von allen Ländern sich in aktive Gegenwehr gegen den Berliner Unitarismus gestellt und unzulässig für den föderalistischen Staatsgedanken große Erfolge er-

runge hat. Allerdings ist beim Staatsgerichtshof der Rechtsstandpunkt nicht gerettet worden. Es wird also die Aufgabe Bayerns sein, mit allen verfügbaren Mitteln dahin zu wirken, daß der Staatsgerichtshof auch als Ausnahmegericht beseitigt wird. Der zugestandene föderalistische Senat ist doch bis zu einem gewissen Grade, wenn er auch noch zusammenkommt und in seiner Rücksichtnahme auf föderalistische Bedürfnisse den bayerischen Forderungen nunmehr entgegenkommt, doch ein Ausnahmegericht. In der Rundgebung der Bayerischen Volkspartei wird dann hervorgehoben, daß die bayerische Staatsregierung mit Befriedigung auf die Erfolge zurückblicken kann, die sie für den föderalistischen Staat, nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland, errungen hat. Aufgabe aber wird es sein, zu erreichen, daß der Reichstag den Vätern jene Garantien gibt, die sie brauchen, um in Ruhe ihre staatlichen Aufgaben im Reich erfüllen zu können. Die Rundgebung schließt dahin aus, daß der Verfassungsschied in Deutschland erst dann wirklich hergestellt sein wird, wenn die Verfassung selbst zum Garant eines unantastbaren Bestandes der Hoheitsrechte der Länder gemacht ist.

### Eine Ansprache Hindenburgs an die Münchner Volksmenge.

Von unserem Sonderberichterstatter.  
München, 22. Aug. Hindenburg hielt am späten Abend an die Volksmasse noch eine Ansprache, in der er ausführt: Wir wollen einig sein, trenn sein und Würde bewahren. Dann wird es mit unserem Vaterlande und mit dessen Größe wieder vorwärts gehen! Dann wird es wieder zu Ehren kommen! Nun gemeinsam zu arbeiten, sei das Verdienst dieser Weisheit! Tausende von Stimmen fielen brausend in den Ruf des greisen jugendlichen Führers ein: „Anker festes, unter unglückliches, aber um so mehr geliebtes deutsches Vaterland, es lebe hoch!“ Die Menge erblühten Hauptes das Deutschland-Ved. Als es veranlaßt war, dankte Hindenburg herzlich für die Ehrung und rief den Versammelten entgegen: „Auf Wiedersehen, auf Wiedersehen!“

## Zur bevorstehenden Entscheidung über die Landtagsauflösung in Sachsen.

Im Landtage soll am heutigen Mittwoch die Entscheidung darüber fallen, ob das Parlament unserer engeren Heimat gemäß dem Volksbegehren an sich selbst die Prozedur der Entleerung vollziehen oder ob es warten will, bis der Wille des souveränen Volkes ihm den Lebensabend durchschneidet. Da der Ausgang infolge der Stellungnahme der Kommunisten, die in ihrer bestimmten und vorbehaltenen Lösung keinen Unfall offen läßt, von vornherein in dem Sinne gesichert ist, daß der Landtag dem Volksbegehren strotzt und sich selbst auflöst, es also nicht erst zum Volksentscheid kommen läßt, so entbehrt die Lage des spannenden Reizes, den sie durch eine Ungewißheit des Ergebnisses der Abstimmung erhalten würde. Gleichwohl ist es kein alltäglicher parlamentarischer Vorgang, der sich heute im Landtage abspielen wird, sondern die Reife der Ereignisse und Entwicklungen, die im Verlaufe der innerpolitischen Kämpfe bis zu dem jetzigen Wendepunkt vorübergezogen ist, bietet mannigfache Begleiterscheinungen und Zusammenhänge von hohem Interesse, von denen aus helle Schlaglichter auf die Triebkräfte der sozialdemokratischen Parteipolitik fallen. Es ist daher vom bürgerlichen Standpunkte aus von größtem Werte, daß man gerade angeht des nunmehr in sicherer Aussicht stehenden Wahlkampfes nochmals alle wesentlichen Momente der Lage zusammenfassend würdigt und daraus die Folgerungen für das weitere Verhalten im Sinne einer starken bürgerlichen Einheitsfront zieht.

Seit dem Beginn der Herrschaft der jetzigen Mehrheit Ende 1920 lieferte nahezu jeder Monat neue Beweise für die Unmöglichkeit einer geordneten staatlichen Geschäftsführung mit Hilfe einer Zweistimmenmehrheit, die nicht einmal unter allen Umständen zuverlässig war, sondern ganz von der Gnade der Kommunisten abhing. Das kommunistische Jähneln an der Woge schwankte bald nach rechts und bald nach links, und jeder Anschlag nach der linken Seite mußte von den Mehrheitssozialisten und Unabhängigen durch radikale Zugeständnisse teuer bezahlt werden. Dadurch kam in die gesamte Staatspolitik eine hochgradige Unsicherheit, die das öffentliche Leben lähmte und schließlich in der Ablehnung des Justiz- und Polizei-Etats durch die bürgerlichen Parteien mit kommunistischer Unterstützung zur Krise führte. Die Verhältnisse schrien förmlich nach einer gründlichen Forderung, und da eine solche durch eine bloße Umbildung der Regierung nicht zu erzielen war, so blieb nur der Weg des Volksbegehrens zur Auflösung des Landtages und Herbeiführung von Neuwahlen übrig. Wenn nun alles mit rechten demokratisch-parlamentarischen Dingen zugegangen wäre, so hätten Regierung und Landtag einmütig die durch das Volksbegehren vorgesehene Lösung der Krise als Rettung aus einer völlig verfahrenen und unhaltbaren Lage begrüßen müssen. Das war aber nur bei den Bürgerlichen und den Kommunisten der Fall, während die Mehrheitssozialisten und Unabhängigen Späne machten. Jenen war bei der Aussicht auf Neuwahlen nicht wohl zumute, wenn sie auch äußerlich, um das Gesicht zu wahren, eine scheinbare Stoenes-zuversicht zur Schau trugen. Mit dieser stimmte es aber nicht überein, daß sie den Anirax stellten, den Anstößigkeitschluß zu bestrafen, so daß er erst in dem Augenblick des Zusammentritts des neugewählten Landtages praktisch wirksam werden und der alte Landtag bis dahin seine volle verfassungsmäßige Zuständigkeit behalten sollte. Dieser Antrag wurde damit begründet, daß andernfalls eine Reihe wichtiger Gesetze, darunter insbesondere die Gemeindeförderung, gefährdet wäre. Auf die Gemeindeförderung legt die Mehrheitssozialdemokratie deshalb besonderen Wert, weil sie die Gemeindeförderung, die den Wurzelboden für das staatliche und soziale Leben darstellt, ganz mit sozialistischem Geiste durchdringen und so eine Verhinderung für den Sozialismus gegen die Gefahren schaffen soll, die ihm auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete durch die abweichende Regiomkeit des Bürgertums zu erwarten drohen. Es ist also eine ganz offenbare Zweck- und Machtpolitik, die mit der vorgeschlagenen Verfassungsänderung von der Mehrheitssozialdemokratie verfolgt wird. Hierbei Hilfe zu leisten, haben die bürgerlichen Parteien nicht den mindesten Anlaß, und es ist daher auch bedauerlich, daß die Demokraten, die sich von der Schwäche der Nachgeblichkeit gegen doktrinaire Verfassungskonstruktionen nur schwer befreien können, aus unangebrachten grundsätzlichen Erwägungen der Sozialdemokratie einen halben Schritt entgegengekommen sind, indem sie die Verlängerung des Daseins des alten Landtages unter gewissen Beschränkungen seiner Zuständigkeit zugestehen wollen. Für das richtige bürgerliche Empfinden kann hier nur die eine Richtschnur maßgebend sein, daß es nicht angänglich ist, um eines besonderen parteipolitischen Zweckes der Sozialdemokratie willen den gewichtigen Apparat einer Verfassungsänderung in Bewegung zu setzen. Ein zwingendes sachliches Bedürfnis liegt dazu in keiner Weise vor. Die alte Reichsverfassung hatte für einen aufgelösten Reichstag keine Extrawahl in Bereitschaft und kam damit reibungslos durch, in der

## Die Verhandlungen mit der Reparationskommission. Sermes vermittelt.

Berlin, 22. August. Die von unterrichteter Seite zu den Verhandlungen mit der Reparationskommission mitgeteilt wird, ist der Standpunkt in den grundsätzlichen Fragen unverändert, der sich durch die Leistungsfähigkeiten und Grenzen der deutschen Wirtschaft ergibt. Man ist an den maßgebenden Stellen befreit, diesem Standpunkt Geltung zu verschaffen, indem man sich bemüht, alles überflüssige formelle Scheinwerk auszuscheiden. Die Verhandlungen gehen im engen Kreise vor sich. Reichsfinanzminister Sermes stellte die Verbindung zwischen Kabinett und Kanzler einerseits und den beiden Delegierten andererseits her. Die Fragen, die erdrückt werden, sind so heikler Natur, daß mit größter Behutsamkeit zu Werke gegangen werden muß. Für heute nachmittags ist eine Besprechung der Herren Bräubrunn, Ranclère, Sermes und Bergmann vorgesehen, die durch abermalige Besprechungen im Reichsfinanzministerium vorbereitet wurde. Es dürften für die nächsten Tage kaum Verhandlungen zu erwarten sein. Die Moratoriumsfrage dürfte erst nach der Berichtshaltung der beiden Delegierten vor der Reparationsfrage in Paris wieder in ein neues Stadium treten.

### Neue deutsche Vorschläge?

Paris, 22. Aug. Nach den ersten Berichten, die über die Verhandlungen der Reparationskommission in Berlin hier einlaufen sind, hat man in hiesigen diplomatischen Kreisen den Eindruck, daß Staatssekretär Bergmann und Finanzminister Sermes für die Forderungen der Delegierten der Reparationskommission ein gewisses Verständnis gezeigt haben. Das in Berlin zu treffende Abkommen soll, nach Meinung hiesiger politischer Kreise, vor allem den Zweck haben, einen Druck auf Deutschland zu vermerken, bis es im November den Alliierten möglich sein werde, in einer neuen Konferenz eine Lösung der Reparationsvorschläge zu finden. Für die heutige Nachmittagsbesprechung erwartet man deutschseits neue Vorschläge, die einen Ersatz für die französischen Forderungen auf die bekanntlich Pfänder sein sollen.

### Keine Instruktionen der Entente-Unterhändler.

Berlin, 22. Aug. In Berliner diplomatischen Kreisen will man wissen, daß die Delegierten der Reparationskommission keine Instruktionen der einzelnen Entente-Regierungen besitzen, sondern sich lediglich auf Erwägungen stützen, die innerhalb der Reparationskommission angestellt werden. Es heißt, daß innerhalb der Reparationskommission die Meinung bestehe, abermals gewisse Bürgschaften von Deutschland zu fordern. Auf der anderen Seite sollen aber auch Zugeständnisse an Deutschland vorgelegt sein.

### Die nächste Konferenz in Brüssel.

London, 22. August. Der Brüsseler Berichterstatter des „Daily Telegraph“ berichtet, in Brüssel werde erklärt, daß die große Konferenz, auf der die Fragen der Reparationen, sowie der internationalen Anleihe erörtert werden sollen, in Brüssel stattfinden werde. Poincaré habe Privatgespräche mit Vertretern anderer alliierter

### Nationen in London gehabt, aus denen hervorgegangen sei, daß, wenn eine neue Konferenz einberufen werden müsse, sie in Brüssel stattfinden soll. (W. T. N.)

### Banderlip über die Reparationsfrage.

Paris, 22. Aug. Die „Information“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem amerikanischen Bankier Banderlip über die Reparationsfrage, in der dieser u. a. sagte: Die Lage in Italien und Ungarn ist schwierig, aber in Deutschland ist sie am kritischsten. Der Niedergang der Welt wird industrielle Depressionen, Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen im Innern und soziale Unruhen im Gefolge haben. Die Haltung Frankreichs in der Reparationsfrage ist durchaus berechtigt, aber wenn es viel verlangt, läßt Frankreich Gefahr, wenig zu erhalten. Im Juni dieses Jahres waren die Aussichten für die Unterbringung einer bedeutenden internationalen Anleihe auf dem amerikanischen Markt verhältnismäßig günstig. Heute sind die Aussichten viel schlechter, denn der Niedergang der Welt hat die Lage Deutschlands erschwert. Banderlip sprach dann von den internationalen Schulden und erklärte: Amerika ist der Ansicht, daß eine Jubilee am 1. März bedeutend genug gewesen sei, und daß man jetzt die Berechtigung der Anleihe, der es zugestimmt habe, nicht bezweifeln sollte. Wenn noch keine Schuldner zu ihm gekommen wären und gesagt hätten: Ich kann nicht bezahlen, so und so sieht es bei mir aus, dann wären die Nachzahlungsbedingungen sicherlich anständiger gewesen. Amerika hätte selbst neue Anleihen gewähren können. Aber die Erörterungen, die bezüglich der Schulden in Europa begonnen haben, haben die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten beträchtlich abgekühlt. Die europäischen Nationen, mit Ausnahme von England, haben überdies in ihrem Budget nichts über die Rückzahlung ihrer Schulden an Amerika vorgeesehen, so daß man sagen kann, daß die Schuldfrage heute der Schlüssel der Finanzlage ist. (W. T. N.)

### Litauens Ansprüche auf Memel.

Paris, 22. Aug. Die Völkervertragskonferenz hat kürzlich Litauen de jure anerkannt. Die litauische Regierung hat darauf in einer Note an die Völkervertragskonferenz die Forderung erhoben, daß nunmehr auf Grund des Friedensvertrages das Memelgebiet einverleibt werde. Die litauische Regierung spricht die Ueberzeugung aus, daß nach der Anerkennung Litauens seitens der alliierten Mächte und der Vereinigten Staaten keine Hindernisse mehr für den Anschluß des Memelgebietes an Litauen bestehen werden. Sie erinnert weiter mit Bestimmtheit an die Antwort der alliierten Mächte an die deutsche Delegation der Friedenskonferenz, in der seitens der Alliierten erklärt wurde, daß das erwähnte Gebiet fest litauisch war und daß Memel und sein Gebiet den Alliierten und den Vereinigten Staaten in Obhut gestellt werde, bis das Statut des litauischen Staates festgelegt worden sei.

Dollar (Freiverkehr): 1300